

**01.12.20**

## **Unterrichtung** durch die Bundesregierung

---

### **Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates „Digital Services Act (DSA)“**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat mit Schreiben vom 27. November 2020 zu der oben genannten Entschließung Folgendes mitgeteilt:

Der Bundesrat hat in seiner 997. Sitzung am 27. November 2020 eine Entschließung zum „Digital Services Act (DSA; TOP 26)“ gefasst (BR-Drs.642/20-B).

Gemäß Ziffer 5 der Entschließung sei die Stellungnahme von der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 5 Satz 2 GG und § 5 Absatz 2 EUZBLG maßgeblich zu berücksichtigen, weil bei dem Vorhaben im Schwerpunkt die Befugnisse der Länder zur Gesetzgebung im Hinblick auf die Ausgestaltung des Rundfunkrechts in und für Deutschland betroffen sei. Zudem wird gefordert, dass die Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 6 GG und § 6 Absatz 2 EUZBLG die Verhandlungsführung bei den Beratungen der Ratsarbeitsgruppen und des Ministerrates in diesem Bereich auf die Länder überträgt.

Aus Sicht der Bundesregierung betrifft das von der Europäischen Kommission für den 9. Dezember 2020 angekündigte Legislativpaket nicht im Schwerpunkt das Rundfunkrecht. Vielmehr beinhaltet der DSA voraussichtlich — wie die bisherige E-Commerce-Richtlinie — ausschließlich generelle horizontale Regelungen, die grundsätzlich in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes fallen.

Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, dass der DSA nicht im Schwerpunkt die Befugnisse der Länder zur Gesetzgebung im Hinblick auf die Ausgestaltung des Rundfunkrechts in und für Deutschland betrifft. Die Bundesregierung ist zudem der Auffassung, dass in Bezug auf den DSA Artikel 23 Absatz 5 Satz 2 GG und § 5 Absatz 2 EUZBLG bzw. Artikel 23 Absatz 6 GG und § 6 Absatz 2 EUZBLG nicht einschlägig sind.